

Anti-Kritiken zu Engels

Eike Kopf, Marxismus ohne Engels? PapyRossa Verlag. Köln 2017, 135 Seiten, 14,00 Euro

In drei aus verschiedenen Anlässen entstandenen Aufsätzen tritt Eike Kopf dem immer wieder unternommenen Versuch entgegen, den Anteil von Friedrich Engels an Theorie und Praxis des Historischen Materialismus zu schmälern. Er verweist darauf, dass der überwiegende Teil der Texte „I. Feuerbach“ und „II. Sankt Bruno“ der „Deutschen Ideologie“ – gleichsam der „Geburtsurkunde der allgemeinen materialistisch-dialektischen Theorie von der Gesellschaft und ihrer Geschichte“ – in Engels‘ Handschrift überliefert ist. (11) Auch seien es Engels‘ „Umriss einer Kritik der Nationalökonomie“ von 1844 gewesen, die Marx seinerseits zur Kritik der Politischen Ökonomie gebracht hätten. (34)

Ausführlich legt Eike Kopf Engels‘ Leistung bei der Entstehung der dritten (1883) und vierten (1890) Auflage des ersten Bandes des „Kapital“, der englischen Übersetzung 1887, der ersten (1885) und zweiten Auflage (1893) des zweiten Bandes sowie der ersten Auflage des dritten (1894) dar. Dieser hat auch rechtzeitig Bernstein und Kautsky in die Handschriften der „Theorien über den Mehrwert“ eingewiesen (108).

Von Kritikern aus der „Neuen Marx-Lektüre“ ist Engels immer wieder der Vorwurf verfälschender Einflussnahme auf die vier bis 1890 entstandenen Auflagen des ersten Bandes des „Kapital“ gemacht worden. Eike Kopf räumt ein, dass Engels‘ für die dritte und vierte Auflage bei weitem nicht alle Hinweise, die Marx für eine künftige Ausgabe letzter Hand gab, berücksichtigt hat.

(112-114) Es sei aber wichtig gewesen, dass unmittelbar nach Marx‘ Tod eine Neuauflage gemäß dem damaligen Kenntnisstand zur Verfügung stand.

Was nun die vierte Auflage angeht, so kann ergänzend zu Kopf auf die Arbeitssituation von Engels 1889/1890 hingewiesen werden: Sein letztes Lebensjahrzehnt galt dem dritten Band des „Kapital“, immer wieder durch aktuelle Tagesaufgaben unterbrochen. Im Februar 1889 musste er ihn für mehrere Monate völlig liegen lassen, da er sich in die Vorbereitung des internationalen Sozialistenkongresses in Paris im Juli einschaltete. Als dieser vorbei war, wollte er rasch zum dritten Band zurückkehren. Da erreichte ihn in seinem Sommerurlaub die Nachricht des Verlegers Meißner, dass die dritte Auflage vergriffen sei. Um der Nachfrage zu genügen, raffte Engels zusammen, was er zur Hand hatte, wieder ohne Berücksichtigung aller Hinweise. Aber nicht sein Verhalten von 1890 ist ein Skandal, sondern die Tatsache, dass sich 2017 immer noch keine Finanzierung für die längst von Thomas Kuczynski erstellte Ausgabe letzter Hand gefunden hat.

Als interessante Trouville aus seiner lebenslangen Beschäftigung mit den in der MEGA edierten oder noch zu edierenden Texten zitiert der Verfasser (90/91; 116) die Verlagsankündigung Meißners im Leipziger „Börsenblatt für den deutschen Buchhandel“, die höchstwahrscheinlich auf eine Vorlage von Engels zurückgeht: „Der Stoff dieses Bandes gehört wesentlich der ‚höheren‘ Ökonomie an, und bedingt Untersuchungen, die den ökonomischen Tagesfragen ferner liegen als dies im ersten Bande der Fall war. Die Lebensbedingungen der

heutigen kapitalistischen Produktion sind aber nicht zu verstehen ohne klare Einsicht in die Vorgänge der Zirkulation, die den Austausch der einzelnen Kapitalien unter einander, und damit die Reproduktion und den Ersatz ihrer Kapitale vermitteln. Je weniger diese Vorgänge bisher im Zusammenhange untersucht worden, desto mehr Gelegenheit bot sich dem Verfasser, hier wesentlich neue Gesichtspunkte zur Geltung zu bringen, und man darf kühn behaupten, daß die neuen Resultate des zweiten Bandes sich denen des ersten ebenbürtig zur Seite stellen, wenn nicht gar sie übertreffen.“ (MEGA² II/13: 553/554 und 555)

Dies kontrastiert mit einem – hier nicht erwähnten – Brief Engels' an Gabriel Deville vom 27. April 1888: „Ich fürchte, dieser zweite Band wird Ihnen schwierige Aufgaben stellen, ohne Sie durch neue aufregende Lösungen zu entschädigen. Es handelt sich um Angelegenheiten, die sich zwischen Bourgeois zutragen; die Ergebnisse sind theoretisch sehr schön, aber ohne unmittelbare praktische Bedeutung.“¹

Der Unterschied beider Äußerungen dürfte sich dadurch erklären, dass es sich bei der Verlagsankündigung um einen Werbetext mit buchhändlerischem Zweck handelt.

Seit 1992 liegt das Marxsche Hauptmanuskript aus dem dritten Rohent-

wurf der „Kritik der Politischen Ökonomie“ im Band MEGA² II/4.2 vor. Eike Kopf erinnert daran, dass bis dahin Engels immer wieder einmal der Vorwurf von Verfälschungen gemacht wurde, dass er aber von dem Moment an, wo dieser aufgrund des gesamten Materials verifiziert oder falsifiziert hätte werden können, nicht belegt worden ist (106/107).

Unabhängig davon stellt Kopf fest: „Das dritte Buch des ‚Kapitals‘ hätte möglicherweise etwas anders ausgesehen, wäre Marx selbst dazu gekommen, seine umfangreichen ökonomischen Exzerpte von etwa 1877 bis 1883 in die Druckfassung einfließen zu lassen (sie sollen in MEGA² Bd. IV/25 und Bd. IV/28 ediert werden).“ (96/120)

Als Herausgeber des dritten Bandes des „Kapital“ war Engels nicht nur genötigt, die von Marx nicht besorgte Zusammenstellung disparater Manuskripte vorzunehmen und umfangreiche Ergänzungen anzubringen, sondern er brachte auch Aktualisierungen aufgrund neuerer Entwicklungen sowie aus der Literatur geschöpfte geschichtliche Einfügungen ein (37-40). Diese betrafen die Weiterentwicklung der Aktiengesellschaften, die britische Bankengesetzgebung und die Börse, Letzteres als Teil eines Beitrags „Ergänzung und Nachtrag zum III. Buche des ‚Kapital‘“. Hinzu kamen als solche ausgewiesene terminologische Präzisierungen, Korrekturen von Sachangaben und Rechenfehlern (121), bis hin zu einer Bemerkung: „Dies stimmt nicht mit meiner Erfahrung. – F. E.“ (MEW 25: 534) Sie alle verändern nicht das argumentative Gerüst der Marxschen Darlegungen, sondern erweitern diese durch Ein-

¹ Engels an Gabriel Deville. 27. April 1888. Französische Fassung in: Maurice Dommanget, Introduction du Marxisme en France, Lausanne 1969, S. 189; Friedrich Engels 1820-1970. Referate, Diskussionen, Dokumente. Internationale wissenschaftliche Konferenz in Wuppertal vom 25.-29. Mai 1970. Veranstalter von der Stadt Wuppertal. S. 295. Übersetzung: GF.

zelheiten, zeigen aber, dass er, ebenso wie Marx selbst, das „Kapital“ schon deshalb nicht als abgeschlossen ansehen konnte, weil dessen Gegenstand selbst im Wandel begriffen und Tatsachenmaterial zu seiner Erforschung im Wachsen begriffen war. Kartellierung von Produktion und Betrieb sowie die erhöhte Bedeutung des Finanzmarktes stellten die letzte von ihm selbst noch wahrgenommene Stufe dar.

Weitere Angriffe galten in der Vergangenheit auch Engels' Arbeit als selbständiger philosophischer Autor. Eike Kopf verweist auf eine Attacke von Paul Nerrlich auf die 1895 erschienene zweite Buchausgabe von „Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie“. (92/93) Die Person des Kritikers macht schon klar, dass er nicht Engels allein meint: Nerrlich, der Herausgeber von Arnold Ruges Briefwechsel und Tagebuchblättern aus den Jahren 1825-1880, setzt hier den Kampf zwischen den einstigen Herausgebern der „Deutsch-Französischen Jahrbücher“ von 1844 fort.

Friedrich Engels ist am politischsten, wenn er nicht künstlich aktualisiert, sondern in seinem 19. Jahrhundert belassen wird. Auf Seite 87 zitiert Eike Kopf Engels' zutreffende, nicht auf ihn allein zurückgehende und bis heute allgemein geteilte Auffassung, dass ein Staat nicht nur durch Staatsgewalt und Staatsvolk, sondern auch durch sein Staatsgebiet gekennzeichnet sei, und kommentiert dies in einer Fußnote so: „Mit anderen Worten: Ein Grenzregime ist nötig; wer es verspielt, verspielt ein wesentliches Merkmal des betreffenden Staates.“

Nun wusste Engels tatsächlich, was ein Staat ist: ein Zwangsapparat der Klassengesellschaft, der mit dieser enden kann und muss. Dass er vorher Grenzen hat und mit ihnen entsprechend verfährt, war eine von ihm konstatierte Tatsache, aber keine von ihm gebilligte Norm. Er ist für keinerlei Staatsräson und innerkapitalistische Reformpolitik in Anspruch zu nehmen. Deshalb lesen wir ihn ja heute so gern, alles Andere finden wir auch woanders.

Georg Fülberth

Ursprung des Kapitalismus – Marx und Benjamin

Manuel Disegni, Die Aktualität des Ursprungs. Historische Erkenntnis bei Marx und Walter Benjamin. Verlag Weltrends. Potsdam 2016, 162 Seiten. 16,90 Euro.

Zwei Theoretiker von diesem Format miteinander in Beziehung zu setzen, verspricht immer etwas Besonderes. Zumal Marx und Benjamin als Denker unerschöpflich sind. Eigentlich wären hier sogar drei Namen zu nennen. Der dritte ist Carl Schmitt. Das Thema, um das sich die vorliegende Studie dreht, ist die Gewalt. Und die Frage, die hier behandelt wird, ist die nach dem Platz und dem Stellenwert von Gewalt in der modernen bürgerlichen Gesellschaft: Spielte diese bloß am Anfang eine Rolle, im Zusammenhang mit der so genannten ursprünglichen Akkumulation, oder ist sie ein dem Kapitalismus durchgängig immanentes Phänomen? Marx maß der Gewalt in der Geschichte bekanntlich eine „große Rolle“ zu. Das gesamte historiografische 24. Kapitel des „Kapital“ handelt davon, wie sich das Kapitalverhältnis mittels Ge-

walt durchgesetzt hat. Indem Marx feststellte, dass „die Methoden der ursprünglichen Akkumulation alles andere, nur nicht idyllisch“¹ waren, verwies er auf die Gewalt als „Ursprung“ des Kapitalismus. „Die Gewalt“, schrieb er, „ist der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht. Sie selbst ist eine ökonomische Potenz.“² Disegni nun arbeitet heraus, dass dieser „Ursprung“ nicht bloß der Anfang war, sondern „die entscheidende Kategorie historischer Erkenntnis“ (13) und damit wesentlich für die Analyse einer Gesellschaftsordnung. Methodologisch folgt hieraus, dass die ursprüngliche Akkumulation nicht nur eine abgeschlossene Phase der Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft ist, sondern vielmehr als andauernder bzw. periodisch wiederkehrender Prozess aufzufassen sei. Folgt man dieser Logik, so drängt die Erfahrung späterer Manifestationen außerordentlicher Gewaltanwendung dazu, das Verhältnis von Geschichte und Vorgeschichte der bürgerlichen Gesellschaft neu zu denken. Dies betrifft auch das Verhältnis von Ökonomie und Geschichte im Erkenntnisprozess. Indem die ökonomische Frage nach der ursprünglichen Akkumulation auf den außerökonomischen Ursprung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung verweist, markiert sie die epistemische Grenze der Ökonomie und sucht eine Antwort mit Hilfe der Geschichtswissenschaft. Dies aber ist noch nicht alles. Indem die ursprüngliche Akkumulation als Inbegriff „sämtlicher Methoden der Schaffung der

Vorbedingungen des Kapitalverhältnisses“ verstanden wird, erscheint sie als mehr denn als eine abgeschlossene Periode der Vorgeschichte des Kapitalismus. Sie ist zugleich ein Prozess, „der parallel zur Geschichte der kapitalistischen Produktion“ abläuft und der die einmal gesetzten Bedingungen tagtäglich reproduziert (151).

Im zweiten Teil der Studie wird dieser Gedanke mit einer parallelen Idee von Walter Benjamin verknüpft. Dies erfolgt anhand eines frühen Textes von Benjamin: „Zur Kritik der Gewalt“. Benjamin analysiert hier den „Ausnahmestand“ mit dem Ziel, den außerjuristischen Ursprung der Rechtsordnung zu begründen. Das Recht, so der Autor, habe im präjuristischen Zustand der Gewalt seinen Ursprung. Indem dieser dann genauer ins Auge gefasst wird, wird er zum Angelpunkt der Rechtskritik Benjamins. Dabei ist bemerkenswert, dass es für Benjamin gerade „die Ausnahme“ ist, die „das Normale“ erkennbar macht. Er argumentiert hier gleichermaßen juristisch wie moralisch, indem er „die Unterscheidung der Gewalt in rechtmäßige und unrechtmäßige“ als eine „nicht ohne weiteres auf der Hand“ liegende betrachtet.³ Auf dieser Grundlage erfolgt sodann seine Auslegung des nationalsozialistischen Ausnahmestandes „als Regel“, was als deutliche Kritik an den Verhältnissen seiner Zeit aufzufassen ist. Dies rief Carl Schmitt als wichtigsten Theoretiker des Ausnahmestandes auf den Plan. Im Disput zwischen Schmitt und Benjamin, in welchem es im Wesentlichen um die

¹ Karl Marx, *Das Kapital*. Erster Band, MEW, Bd. 23, S. 742.

² Ebenda, S. 779.

³ Walter Benjamin, *Zur Kritik der Gewalt*, in: *Angelus Novus*, Frankfurt am Main 1966, S. 44.

Frage nach dem Ursprung des Rechts geht, werden dann die Konsequenzen beider Rechtsauffassungen evident. Mit seinen Überlegungen über Normalität und Ausnahme aber betrieb Schmitt, so Disegni, „insgeheim eine Normalisierung der Ausnahme“ (112). Diese Operation diene der Prägung einer „gesellschaftsmetaphysischen Vorstellung von Ordnung“, die schließlich „in ihrer eigenen Suspension nichts als die Untermauerung ihrer Ewigkeit und Unausweichlichkeit“ (ebd.) erführe. Demgegenüber lässt Benjamins Argumentation die Historizität des Rechts und die Vergänglichkeit seiner Institutionen greifbar werden, was eine Parallele zu Marx bedeutet.

Damit ist der historische Bogen sehr weit gespannt und nicht alles, was angesprochen wird, kann vom Autor auch gründlich ausgeführt werden. Relativ gut gelungen ist ihm jedoch der Nachweis, dass die Kritik der ursprünglichen Akkumulation durch Marx enthüllt, was die politische Ökonomie namentlich bei Adam Smith verbirgt, nämlich „das Geheimnis der politischen Ökonomie“ (35). Und ferner, dass dieses Geheimnis mit den Mitteln der (bürgerlichen) politischen Ökonomie nicht aufgedeckt werden kann: „Der Anfang des kapitalistischen Produktionsprozesses ist verhüllt durch ein Geheimnis und in diesem Geheimnis haben die ökonomischen Begriffe ihren Ursprung.“ (ebd.) Deshalb lässt sich das Problem nur lösen, indem man auf die Ebene der Geschichtswissenschaft wechselt und deutlich macht, wie, nämlich durch Gewalt, die ökonomischen Strukturen des Kapitalismus historisch entstanden sind. Damit wird klar, dass auch „der Mythos der unsichtbaren Hand“ auf einer sorgfältig

vorgenommenen „Fälschung der Geschichte“ beruht wie uns überhaupt die ganze Geschichte der politischen Ökonomie als ein sehr fragwürdiges „politisches und ideologisches Projekt“ erscheinen muss (46). Nicht aber die Trennung von Geschichte und Vorgeschichte des Kapitalismus ist das zentrale Problem, worauf hingewiesen werden soll, sondern „die Entdeckung der latenten Präsenz der Vergangenheit in der Gegenwart“ (53). Das heißt, in einer wissenschaftlichen Analyse der gegenwärtigen Verhältnisse kommen, sofern die Erkenntnisse aus der Analyse der ursprünglichen Akkumulation von Marx berücksichtigt werden, auf einmal die Verhältnisse „aller untergegangenen Gesellschaftsformen“ zur Geltung, „mit deren Trümmern und Elementen sie sich aufgebaut“ haben (54). Schließlich stellt die kapitalistische Akkumulation als tagtäglich stattfindender Vorgang nur als fortlaufender Prozess dar, was in der ursprünglichen Akkumulation als ein besonderer historischer Prozess erscheint: die Wirkung von Gewalt. Im „Recht“ nehmen die historisch entstandenen Verhältnisse eine besondere Form an. Als Rechtsverhältnisse aber sind sie Machtverhältnisse, weil sie ihr Dasein der „latent vorhandenen Präsenz von Gewalt“ verdanken (77).

Der Autor beendet seine hochinteressante Studie mit der Feststellung, dass die historisch-materialistische Erkenntnis die epistemischen Grenzen der Wissenschaften „transzendiert“ (152). Dem ist zuzustimmen, woraus sich produktive Aufgaben für die Ökonomie wie für die Geschichte ableiten. Eine seiner Schlussfolgerungen aber, die er daraus zieht, geht sehr weit. Disegni glaubt, dass auch der

urzeitliche Kommunismus keine abgeschlossene Epoche der Vergangenheit sei, sondern lediglich „eine durch Gewalt kontinuierlich unterdrückte Möglichkeit“, woraus folgt, dass sie zugleich eine „konkrete historische Chance“ darstelle (153). Darüber ließe sich diskutieren, theoretisch und politisch. Das Buch ist in einer bemerkenswert qualifizierten Sprache verfasst. Es wird den interdisziplinären Dialog unbedingt bereichern.

Ulrich Busch

Feuerlicht aus Wien

Franz Marek, Beruf und Berufung Kommunist, Lebenserinnerungen und Schlüsseltexte herausgegeben und eingeleitet von Maximilian Graf und Sarah Knoll, mandelbaum, Wien 2017, 347 S., 25,- Euro

Die hier erstmals veröffentlichte Autobiografie eines in den Zeiten der „neuen Linken“ auch in beiden deutschen Staaten bekannten österreichischen Kommunisten gibt einen guten Einblick in die Geschichte der KPÖ. Der 1913 am Rande der Donaumonarchie in Przemyśl geborene Ephraim Feuerlicht wuchs in Wien in der Leopoldstadt, einem traditionellen jüdischen Siedlungsgebiet, auf. Als politischer Ort war dieser Stadtteil stark von Zionismus und Marxismus geprägt und die formten auch das Weltbild des Heranwachsenden. Anfang der dreißiger Jahre entschied sich Feuerlicht gegen die Auswanderung nach Palästina, gleichzeitig wuchs sein Interesse an sozialistischer und marxistischer Literatur. Der kalte Staatsstreich der Christlichsozialen Partei 1933 und die Niederlage der SPÖ im Bürgerkrieg 1934 ließen ihn

wie viele andere Mitglied der KPÖ werden, die bis dahin völlig im Schatten der mächtigen Sozialdemokratie des Roten Wien gestanden hatte. Nach seinem Beitritt zur KPÖ begann er sogleich im Widerstand gegen den Austrofaschismus zu arbeiten und nannte sich nunmehr Franz Marek. Kurz nach dem „Anschluss“ 1938 ging er über die Schweiz nach Frankreich, wo er bis zu seiner Verhaftung im August 1944 in der Résistance tätig war. 1945 kehrte Marek nach Österreich zurück und wurde 1946 Chefredakteur des theoretischen Organs der KPÖ „Weg und Ziel“. Im Kampf gegen den Faschismus war in der Diskussion über die nationale Frage von der KPÖ die Theorie einer österreichischen Nation entwickelt worden. Der vom „offiziellen“ Österreich propagierten Opfermythos (Österreich das erste Opfer der NS-Aggression) wurde daher auch von der KPÖ vertreten. Das ging aber einher mit einer Fehleinschätzung der politischen Realitäten 1938 und der folgenden Jahre. Der „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich wurde von einer großen Mehrheit der Bevölkerung unterstützt und Teile der Arbeiterschaft wandten sich dem Faschismus zu. In der ungenügenden Analyse der „Anschlusszeit“ lag eine der Ursachen der Erfolglosigkeit der KPÖ in den Nachkriegsjahren. Eine andere, wesentliche war der alliierten Besatzung (1945-1955) geschuldet, die die Kommunisten in der öffentlichen Meinung zur „Russenpartei“ stempelte. Dazu trug auch „Weg und Ziel“ seinen Teil bei, wo Marek die diversen Wendungen der sowjetischen Politik erläuterte und verteidigte.

Der XX. Parteitag und die Entstalini-

sierung leiteten einen Prozess der Desillusionierung ein; Marek wandelte sich vom Dogmatiker zum Reformkommunisten, d.h. zum Kritiker der Sowjetunion und der kommunistischen Weltbewegung. Im „Prinzip Diskussion“ (Gramsci) sah er die Grundvoraussetzung für die Loslösung vom Stalin-Mythos. 1965 wurden auf dem KPÖ-Parteitag von ihm verfasste Thesen beschlossen, die in den Fragen Autonomie und Demokratie über alle westeuropäischen KP-Programme hinausgingen. Der Sieg der Reformler war nur ein kurzer, denn ihre innenpolitische Strategie brachte der Partei bei den Nationalratswahlen 1966 eine krachende Niederlage und der bürgerlichen ÖVP erstmals seit Kriegsende die absolute Mehrheit. 1968 erfolgte der endgültige Bruch mit der kommunistischen Weltbewegung, Marek sah sie mit einem Schlag in die Stalin-Zeit zurückversetzt. 1970 wurde er wegen seiner publizistischen Tätigkeit für das „Wiener Tagebuch“, das er bis zu seinem Tod 1979 leitete, aus der KPÖ ausgeschlossen. Marek sah sich als „Eurokommunist“ und beschrieb seine Position so: „In Spanien wäre ich heute sicher Mitglied der KP, in Italien vielleicht, in Frankreich nicht.“ (101)

Neben den unvollendeten Lebenserinnerungen umfasst der Band 12 Beiträge für „Weg und Ziel“ aus den Jahren 1956-1968 und eine umfangreiche biografische Skizze der Herausgeber. Die ist in einem bildhaft journalistischen Stil geschrieben und bezieht eindeutig Stellung: Teile der KPÖ-Führung „schäumten vor Wut“ (64), dieweil „schwante“ Marek „Böses“ (65). Die Einleitung ist für den mit der Geschichte der 1. und 2. Republik

wenig vertrauten Leser nicht ohne Wert und mit Gemeinplätzen linksliberaler Moralthologie angereichert: „für eine gerechte Welt eintreten“, „kritisch hinterfragen“, „Dialog mit Andersdenken“ etc. etc.

Eric Hobsbawm hat in seiner Autobiografie ein eindrucksvolles und sensibles Porträt des Kommunisten Franz Marek gezeichnet, das mit dem Satz schließt: „Auf seine Weise war er ein Held unserer Zeit, die eine schlechte Zeit war und ist.“ (Rätselhaft ist, warum die Herausgeber die englische Ausgabe zitieren, nicht die deutsche, und noch nicht einmal anmerken, dass es eine solche gibt: Gefährliche Zeiten, München-Wien 2002).

Karl Unger

„Ich bin keine Heldin“

Ruth & Günter Hortschansky, „Möge alles Schmerzliche nicht umsonst gewesen sein.“ Vom Leben und Tod der Antifaschistin Judith Auer 1905–1944, Berlin 2017 (2. durchgesehene u. erweiterte Auflage), 265 S., 19,90 Euro.

Am 6. September 1944 musste Judith Auer vor dem Volksgerichtshof einen Schauprozess über sich ergehen lassen, an dessen Ende sie von Landgerichtsdirektor Stier zum Tode verurteilt wurde. Der Richter hatte sie gefragt, ob sie denn nicht an ihre Tochter gedacht habe. „Eben darum, weil ich an meine Tochter denke, bin und bleibe ich Kommunistin“, entgegnete die 39-jährige Mutter mit großem Mut (155). Am Tag ihrer Ermordung, dem 27. Oktober 1944, schrieb sie einen letzten Gruß an ihre 14-jährige Tochter. Der Abschiedsbrief und die an-

schließende Hinrichtung markieren das tragische Ende einer herzergreifenden Mutter-Tochter-Beziehung.

Auf die Frage, warum Judith Auer sterben musste, gibt es verschiedene Antworten. Die der Nationalsozialisten steht im Bericht der „Sonderkommission“ Potsdam vom 23. Juli 1944: „Die Auer ist überführt und geständig, in den unter der Bezeichnung, ‚Nationalkomitee Freies Deutschland‘ bekannt gewordenen Hochverratskomplex verwickelt zu sein. Sie nahm in ihrer Wohnung flüchtige Kommunisten auf, stellte ihre Behausung zu illegalen Sitzungen zur Verfügung [sic], sammelte und verteilte Lebensmittelkarten für die flüchtigen illegalen Genossen und führte für die Organisation Kurierfahrten nach Jena aus. In ihrer Wohnung wurden Hetzschriften hergestellt, aufbewahrt und sie war auch an der Verteilung derselben beteiligt. Die Festgenommene ist geständig, aus innerer Überzeugung an dem hochverräterischen Unternehmen mitgewirkt zu haben und bereut ihre Handlungen nur in sofern, als ihre Tochter nunmehr durch ihre Festnahme in Mitleidenschaft gezogen ist. Bei der Auer handelt es sich um eine gefährliche, unbelehrbare Kommunistin.“ (151)

Die Anschuldigungen entsprachen der Wahrheit. Damals machten ihre „Verbrechen“ Judith Auer zu einer Volksverräterin, heute zu einem Vorbild. Ihren Einsatz für ein Ende des Zweiten Weltkrieges und die Errichtung einer sozialistischen Demokratie musste die alleinerziehende Mutter, geschiedene Ehefrau eines ehemaligen politischen Gefangenen, Kommunistin und Halbjüdin – wie circa siebzig weiteren Personen aus dem Widerstandsnetzwerk –

mit dem Leben bezahlen: „Rücksichtslos rechneten die deutschen Faschisten mit ihren Gegnern ab. Keiner ihrer unterschiedenen Widersacher sollte ihr Regime überleben. Angesichts des heranahenden Endes ihrer Macht handelten sie besonders schnell und rücksichtslos.“ (159)

Gemeinsam mit ihrem Ehemann Günther hat Ruth Hortzschansky dem Leben ihrer Mutter nachgespürt, Erinnerungen verschriftlicht, Dokumente zusammengetragen, Zeitzeugen befragt und Sekundärliteratur ausgewertet. Aus den Recherchen ist eine schöne und persönliche Biografie entstanden, die nun in zweiter, erweiterter Auflage vorliegt und die sich in erster Linie an der Beziehung zwischen Mutter und Tochter und weniger am antifaschistischen Widerstandskampf der Gruppe um Anton Saefkow, Franz Jacob und Bernhard Bästlein orientiert. Notgedrungen musste die chronologisch erzählte Lebensgeschichte fragmentarisch bleiben. Insbesondere die Widerstandshandlungen unter dem Faschismus erlaubten kaum Aufzeichnungen, die sich zur Rekonstruktion dieses Lebensabschnitts von Judith Auer verwenden ließen. Dennoch finden sich im Anschluss an die lesenswerte Biografie zahlreiche Aufzeichnungen, Briefe und Tagebuchnotizen von Judith Auer, die Einblick in ihre Gefühle und Gedanken geben und die das Bild unterstreichen, welches Ruth und Günther Hortzschansky entworfen haben. Dieser Anlagenteil, der ebenfalls chronologisch geordnet ist und der in der ersten Auflage fehlte, ist eine aufschlussreiche und gelungene Ergänzung der Biografie.

Ruth Hortzschansky, die ein Vor- und ein Nachwort zur Biografie geschrie-

ben hat, lässt den Leser wissen, dass sie sich niemals vollständig von dem Schock erholen konnte, den die Nachricht vom Tod ihrer Mutter ausgelöst hat. Dies ist der Biografie durchaus anzumerken, ohne dass es jedoch ein Makel wäre.

Kleine geschichtliche Exkurse runden den Band ab. Dabei bemühen die Autoren sich erfreulicherweise um eine kritische Distanz zur eigenen Sozialisierung, die dennoch zu erkennen ist. So heißt es beispielsweise: „Die Kommunisten hatten am konsequentesten gegen die Faschisierung gekämpft, aber durch verhängnisvolle linkssektiererische Fehler dazu beigetragen, dass die notwendige einheitliche Front gegen den Faschismus nicht zustande kam.“ (68)

Judith Auer, geborene Vallentin, wurde am 19. September 1905 in Zürich als erstes von fünf Kindern des jüdischen Schauspielers und Schriftstellers Franz Vallentin und der Schauspielerin Margarete Hofmeister geboren. In Berlin wuchs sie in ärmlichen Verhältnissen aber umgeben von Intellektuellen auf. Der frühe Tod beider Eltern und die damit verbundene Trennung von einem Teil ihrer Geschwister waren für ihr Leben eine schwere Hypothek. Wohlhabende Freunde ihrer Eltern ermöglichten ihr ein Studium der Musik mit Hauptfach Klavier. 1924 lernte sie den kommunistischen Jugendfunktionär Erich Auer kennen, den sie zwei Jahre später heiratete. Sie schloss sich der Kommunistischen Jugend an, 1928 trat sie der KPD bei. Das Frauenbild von Erich Auer war allerdings eher traditionell. Vermutlich unter seinem Einfluss aber auch aufgrund schwerwiegender Selbstzweifel, mit denen schon ihr Vater zu kämpfen hatte, ent-

schied sich Judith Auer gegen die Musik und für etwas Praktisches. Sie lernte Stenografie und Schreibmaschine und wurde eine wichtige regionale Organisatorin der KPD. Gleichzeitig kümmerte sie sich um vernachlässigte Jugendliche aus der Arbeiterbewegung und versuchte ihnen ihre Begeisterung für Musik zu vermitteln. 1929 kam Ruth, das einzige Kind der Eheleute, zur Welt. Die äußeren Umstände waren für die Kleinfamilie bereits zu diesem Zeitpunkt schwierig. Sie verschlechterten sich drastisch mit der Machtübergabe an die Hitler-Faschisten. 1934 wurde Erich Auer festgenommen und zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Frau und Tochter, die mittlerweile in einer Laubenkolonie in Berlin-Bohnsdorf lebten, mussten während seiner Inhaftierung von einer geringen Wohlfahrtsunterstützung leben. Der Pachtgarten und die Tiere erforderten viel Arbeit, machten die Armut aber erträglich. Eine weitere Stütze bot der gute Zusammenhalt der Koloniewohner. Trotzdem hielten die Nerven von Judith Auer der schwierigen Gemengelage nicht immer stand. Im August 1936 schrieb sie in einem Brief, sie werde erst 31 Jahre alt, habe aber so wenig Hoffnung. Alltag im Nazismus und Widerstandsarbeit hatten sicher einen erheblichen Anteil an den wiederkehrenden Nervenzusammenbrüchen und Depressions-schüben.

Das wenige Zutrauen, das Judith Auer blieb, legte sie in den antifaschistischen Widerstandskampf. Im AEG Kabelwerk Oberspree, wo sie ab 1937 als Stenotypistin und ab 1939 als Einkäuferin arbeitete, erhielt sie Kontakt zum organisierten Widerstand. Gemeinsam mit anderen führte Suse bzw.

Susi, wie sie sich zur Tarnung nannte, politische Diskussionen, hörte sogenannte Feindsender, tauschte Informationen, verrichtete Kurierfahrten, versteckte und versorgte Regimegegner und leistete Gegenpropaganda, indem sie kritische Gespräche anregte und Flugblätter verteilte. Dies alles tat sie in der Hoffnung, möglichst viele Gegner des Faschismus zu vereinigen und dadurch die Terrorherrschaft und den Krieg zu beenden. Ihre Tochter Ruth weihte Judith Auer in den Widerstandskampf ein: „Ich wurde früh zur Verschwiegenheit erzogen, die mir manchmal ziemlich schwer fiel. Aber ich wusste, dass jede Unvorsichtigkeit meine Mutter und nicht nur sie gefährdete. Mir wurde beigebracht, dass der gefährliche Kampf gegen das Hitlerregime zur Verkürzung des verhassten Krieges beitragen sollte.“ (111)

Am 7. Juli 1944 wurde Judith Auer an ihrem Arbeitsplatz festgenommen und anschließend gefoltert. Der Gestapo war es gelungen, einen Spitzel in die Organisation einzuschleusen. Die Hoffnung, dass der Krieg vor ihrer Hinrichtung zu Ende sein könnte, erfüllte sich für die Widerstandskämpferin nicht. Am Morgen des 27. Oktober 1944 schrieb sie den eingangs erwähnten Abschiedsbrief, dann trat sie mit dem Bild ihrer Tochter in den Händen vor ihre Henker. Im Bericht der Haftanstalt Berlin-Plötzensee heißt es dazu: „Um 11.30 Uhr wurde die Verurteilte, die Hände auf dem Rücken gefesselt, durch zwei Gefängnisbeamte vorgeführt. [...] Nach der Feststellung der Personengleichheit der Vorgeführten mit der Verurteilten beauftragte der Vollstreckungsleiter den Scharfrichter mit der Vollstreckung. Die Verurteilte, die ruhig und gefasst war, ließ sich oh-

ne Widerstand auf das Fallbeilgerät legen, worauf der Scharfrichter die Enthauptung durchführte und sodann meldete, dass das Urteil vollstreckt sei. Die Vollstreckung dauerte von der Vorführung bis zur Vollzugsmeldung 7 Sekunden.“ (161)

Dennis Egginger-Gonzalez

Utopie und Utopieforschung

Alexander Amberger/Thomas Möbius (Hrsg.), Auf Utopias Spuren. Utopie und Utopieforschung. Festschrift für Richard Saage zum 75. Geburtstag, Springer VS, Wiesbaden 2017, 430 S., 69,99 Euro

Diese in der Reihe Technikzukünfte, Wissenschaft und Gesellschaft erschienene Publikation hat neben der im Titel ausgewiesenen Hommage für den Nestor der deutschen Utopieforschung einen zweiten Anlass und Bezugspunkt: das 500-Jahr-Jubiläum des Erscheinens von Thomas Morus' „Utopia“. Dazu haben 23 Autoren Texte beige-steuert.

In speziellen Studien wie auch in den auf Personen bezogenen Beiträgen finden wir grundsätzliche theoretische und methodologische Fragestellungen. Auf teils in abstrakter Gelehrtensprache geführte generelle Erörterungen soll hier nicht eingegangen werden. Stattdessen seien zwei Prämissen zitiert, die geeignet sind, die Notwendigkeit von Utopien auch für unsere Zeit zu verdeutlichen: Funktion von Utopien ist es, „die beabsichtigte Verbesserung der gesellschaftlichen Verhältnisse anzustoßen und voranzutreiben“ (186). Dazu gehört auch die Einsicht, „dass es zunächst vor allem notwendig ist, auch

die Träume der Menschen zum Besseren zu verändern... bevor emanzipatorische Politik ihre utopischen Träume verwirklichen kann“ (157).

Umstände des Entstehens und der Drucklegung der „Utopie“ von Morus unterzieht Thomas Schölderle einer eingehenden Analyse. Er setzt sich mit jenen Autoren auseinander, die bezweifeln, dass „Utopia“ überhaupt eine Wortschöpfung von Morus sei, und behaupten, dass es sich bei der zuerst in Löwen erschienenen Veröffentlichung um keine von Morus autorisierte Fassung handle, sondern Erasmus von Rotterdam und Peter Gilles wesentliche Veränderungen vorgenommen hätten. Dagegen werden einleuchtende Argumente angeführt, die auch die Bewertung des historisch-politischen und literarischen Stellenwertes dieser Schrift und damit die Grundthematik der gesamten Publikation tangieren.

Die Herausgeber folgen dem weitgespannten Verständnis von Utopie und Utopieforschung ihres Vordenkers und Lehrers Richard Saage. Somit ist in diesem Band nicht nur Platz für die Behandlung umfassender utopischer Zukunftsentwürfe, sondern auch für utopische Elemente oder Gedankengänge in unterschiedlichen Gesellschaftskonzepten, für negative Utopien wie auch für Utopiekritik. Ausgelotet wird dies in Beiträgen zu Voltaire, Samuel Johnson, Konfuzius, Gustav Landauer oder Adolf Dori, den „Vergessensten unter den Vergessenen“. Selbst der Hegelnachfolger Eduard Gans taucht hier auf, der die Kritik an der sozialen Misere seines Meisters übernommen hat, aber jene nicht für ebenso unabänderlich hielt wie jener. Dabei hat er eigentlich nur bescheidene

Anleihen bei den Saint-Simonisten genommen und Möglichkeiten von Kooperation und Assoziation von Arbeitenden konzidiert, die in der sich formierenden Arbeiterbewegung bereits praktische Gestalt anzunehmen begannen.

Skepsis gegenüber zu hohen Erwartungen an Utopien äußert Helga Grebing. Bebels Buch „Die Frau und der Sozialismus“ war für sie keine Utopie, sondern entsprang der Intention, „die Massen des Proletariats von der real vorgegebenen Möglichkeit einer sozialistischen Gesellschaft zu überzeugen“ (199). Und darum geht es für sie auch heute. So steht sie auch den von Amberger – hier in Kurzfassung vorgestellten¹ – utopischen Konzepten von Wolfgang Harich, Robert Havemann und Rudolf Bahro kritisch gegenüber.

Die im Abschnitt „Utopie in der Moderne“ zusammengefassten Abhandlungen widmen sich in der Regel sehr speziellen Gegenständen, die hier nicht thematisiert werden können. Nachdenklich stimmt, dass kein einziger Autor auf Friedrich Engels Schrift „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zu Wissenschaft“ Bezug nimmt. Von hoher Sachkenntnis und Diskursfähigkeit zeugen alle Artikel. Inwieweit die in ihrer Thematik sehr heterogenen Texte die heutige Praxis inspirieren können, muss der Leser selbst herausfinden. Denn alle Verfasser schreiben über Utopien anderer, selbst eine Uto-

¹ Zu Alexander Ambergers Buch „Bahro – Harich – Havemann. Marxistische Systemkritik und politische Utopie in der DDR“, Paderborn 2014 vgl. meine Rezension im Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung 2015/III.

pie zu formulieren und zu empfehlen, riskieren sie nicht.

Günter Benser

Persönliche Macht und die Zwänge des Systems

Hans-Jürgen Jakobs, Wem gehört die Welt? Die Machtverhältnisse im globalen Kapitalismus, München 2016, Knaus-Verlag, 680 S., 36 Euro

Wem gehört die Welt – auf diese Frage hat der Autor des Buches, Journalist und ehemaliger Chefredakteur des Handelsblatts, gleich zwei Antworten: Es sind einerseits 200 im Buch vorgestellte Personen (eigentlich nur sechs, dazu mehr weiter unten) und andererseits handelt es sich um ein „System, in dem Anlageentscheidungen global in Nanosekunden automatisch fallen, gesteuert von Computerprogrammen und Algorithmen.“ (13) Dass es zwischen der Behauptung, die Welt gehöre einer Handvoll mächtiger Individuen, und der Schilderung eines quasi automatischen, auf Renditesteigerung ausgerichteten Systems wenn nicht einen Gegensatz, so doch zumindest ein Spannungsfeld gibt, ist dem Autor leider nicht aufgefallen. Dabei sind die aus dieser theoretischen Inkonsistenz resultierenden Probleme nicht zu übersehen: Während er einerseits (m.E. mit einigem Recht) „Anzeichen eines nahenden Crashes“ sieht, die mit den wachsenden Risiken im bislang kaum regulierten Sektor der Schattenbanken zusammenhängen (677), behauptet er andererseits, dass „ein kleines privates Treffen von sechs wichtigen Finanzmagnaten (eben aus diesem Schattenbankensektor, JG) reichen (würde), um die drängendsten

Probleme fürs Erste zu lösen“ (670). Da diese sechs namentlich genannten Personen kein Interesse an einem neuen Crash haben können (sie würden allesamt verlieren), erscheint Jakobs düstere Prognose einigermaßen inkonsistent. Denn der stellenweise vermittelte Eindruck, wenige Individuen könnten die Welt nach ‚ihrem Bilde‘ gestalten ist – wie der Autor an anderer Stelle implizit einräumt – natürlich falsch. Es ist nicht das private Eigentum, bzw. dessen Zusammenballung, und der (mehr oder weniger) böse Willen der Eigentümer, sondern der auf dessen Grundlage bestehende systemische Zwang zu Rendite und Akkumulation, der die im Buch beklagten Widersprüche hervorbringt. Hingegen dies alles bloß vom persönlichen Willen einer kleinen Clique von Milliardären ab, dann könnte deren „Reeducation“ (670) wirklich etwas ändern.

Ursache der aktuellen Fehlentwicklungen ist dem Autor zufolge der „Neokapitalismus“ (12) oder auch Finanzkapitalismus, der über die Finanzmärkte gesteuert werde. Nach einer kurzen Einleitung, in der dieser Zustand beklagt wird, folgt ein erster Teil, in dem die Hauptakteure des Finanzkapitalismus, gegliedert nach Typen, d.h. Vermögensverwaltungen, Pensionskassen, Staatsfonds, Private Equity Fonds und Hedgefonds, als Personen/Unternehmen vorgestellt werden. Außerdem werden Vertreter von Familienimperien und führende Geldleute der verschiedenen Weltregionen porträtiert, wobei Deutschland etwas überrepräsentiert ist. Im zweiten Teil des Buchs gibt es ähnliche Kurzbiografien der wichtigsten Manager/Eigner aus den großen Wirtschaftsbranchen (von Automobilher-

stellung bis zu Fluglinien). Insgesamt stellt das Buch 200 Personen vor, wobei jeweils am Ende der Kurzbiografie ‚Sternchen‘ (0 bis 5) vergeben werden, und zwar für jeweils sechs Eigenschaften (der Personen bzw. der von ihnen geleiteten Unternehmen/Fonds): Nachhaltigkeit, Unbestechlichkeit, Steuerehrlichkeit, Humanität und Transparenz. Komischerweise erhalten die meisten der neun vorgestellten Chefs von Vermögensverwaltungen – nach Ansicht des Autors Kern des intransparenten Systems des Neukapitalismus – mindestens drei von fünf möglichen Sternchen für Transparenz. Erst im kurzen dritten Teil („Wem die Welt wirklich gehört und wie wir sie zurückgewinnen können“) werden einige Verallgemeinerungen vorgenommen und Schlussfolgerungen gezogen: Es wird anhand von Grafiken dargestellt, wie das Finanzvermögen seit 1990 explosionsartig gewachsen ist und wie es sich auf die oben genannten Fonds und Vermögensformen verteilt. Gemeinsam ist ihnen das Streben nach „Mindstrenditen und Return on Investment“ (596). Diesem in Kapitalsammelstellen konzentrierten Finanzvermögen stehen entsprechende Verbindlichkeiten gegenüber: „Schulden sind das Blut des Kapitalismus.“ (612) Die Kapitalsammelstellen sind an zehntausenden von Unternehmen beteiligt, sie sind aber auch ihrerseits untereinander verflochten. Außerdem sind viele Unternehmen ihrerseits auch Mitinhaber besagter Kapitalsammelstellen. Das relativiert die scheinbare persönliche Macht der genannten Personen: Wenn sie keine Rendite bringen, sind sie weg vom Fenster. Während es Jakobs gut gelingt, dieses System von gegenseitigen Abhängigkeiten zu schildern,

(„Die Finanzszene gehört, wir sagten es, sich selbst.“ 626) versäumt er es, diesem systemischen Zusammenhang und den in ihm existierenden Zwängen und Widersprüchen nachzugehen. Er beklagt, dass es im Neokapitalismus keine persönliche Verantwortung mehr gebe: Der Finanzkapitalismus sei „ein mühseliges Surrogat einer Wirtschaftsordnung ... in der einst Unternehmer persönlich hafteten und für ihre Risikofreude belohnt wurden oder auch nicht. Nun verschwindet die Kontrolle über Unternehmen in einem undurchschaubaren System.“ (620) Wiederum fällt dem Autor nicht auf, dass diese Feststellung in diametralem Gegensatz zu seiner Behauptung steht, die Welt „gehöre“ letzten Endes einer Handvoll von Individuen, die man ja ohne Probleme persönlich haftbar machen könnte. Es gelingt ihm nicht, den Zusammenhang zwischen persönlicher Macht und systemischen Widersprüchen deutlich zu machen.

Dementsprechend bewegen sich die in der Überschrift des dritten Teils angekündigten Vorschläge zur Rückgewinnung der Welt zwischen Banalitäten und Absurditäten: An erster Stelle nennt der Autor die Umerzählung der Akteure des Finanzkapitalismus (bzw. deren „Kunden“) zu „einer neuen Kultur der Bescheidenheit“. (670) Dann nennt er eine Reihe von altbekannten, durchaus sinnvollen Vorschlägen, deren Umsetzung wesentlich dem Staat obliegen würde: gerechtere Besteuerung, Kampf gegen Steuerflucht, Förderung der „Realwirtschaft“, Finanztransaktionssteuer, härtere Regulierung vor allem der Schattenbanken. Deutschland solle einen Staatsfonds auflegen (ähnlich dem norwegischen Staatsfonds), der „Einfluss auf die

Ethik von Unternehmen“ (675) ausüben sollte. Schließlich sollten jene „Familienunternehmen“ gefördert werden, „die soziale Verantwortung übernehmen“ (wozu VW definitiv nicht gehört, 607).

Auch wenn dem Autor völlig die Begriffe fehlen ist das Buch eine Fundgrube von Informationen und ein unabdingbares Nachschlagewerk. Insofern gelingt es dem Autor tatsächlich, wie er in der Einleitung ankündigt, zu mehr „Transparenz“ im Wirtschaftsleben beizutragen. Dafür gebührt ihm Dank und Anerkennung. Das Buch ist außerdem – wie bei guten Journalisten zu erwarten – flott geschrieben, die 200 Kurzbiografien, die den Hauptteil des Buches ausmachen, sind oft aufschlussreich. Und wenn die Taschenbuchfassung (hoffentlich bald) erscheint, dürfte es auch erschwinglicher sein.

Jörg Goldberg

Periphere Revolutionen

Manfred Kossok, Sozialismus an der Peripherie. Späte Schriften. Hrgg. von Jörn Schütrumpf, Berlin 2016, Karl Dietz Verlag, 128 S., 12,90 Euro

Der 1993 verstorbene Leipziger Historiker Manfred Kossok gehörte neben Walter Markov zu den Begründern der Forschungsgruppe „Vergleichende Revolutionsgeschichte der Neuzeit“, die sich seit 1969 in der DDR umfassend mit bürgerlichen und bürgerlich-demokratischen Revolutionen vom 16. bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts beschäftigte.

Kossok (Jhr. 1930) hatte Geschichte, Philosophie und Germanistik in Leipzig und Geschichte Lateinamerikas in Köln studiert; er leitete seit 1976

das „Interdisziplinäre Zentrum für vergleichende Revolutionsgeschichtsforschung“ an der KMU Leipzig. Zwar hatten die westdeutschen „Evaluierer“ dem international renommierte Forscher nach 1990 noch ein „hervorragendes wissenschaftliches Niveau“ attestiert; aber 1992 wurde er unter der Regie des Biedenkopf-Clans „vom Bannstrahl der neuen Inquisitoren und Exorzisten“¹ getroffen und aus der Universität geworfen.

Der vorliegende Band enthält Nachdrucke von sechs Beiträgen Kossoks aus den Jahren 1990 bis 1993 zu revolutionstheoretischen Fragen des Sozialismus. Anfang 1990, als das Schicksal der DDR noch nicht endgültig besiegelt zu sein schien, schrieb er: „Wie die bürgerlichen, so durchlaufen die sozialistischen Revolutionen eine zyklische Entwicklung, und wenn auch der Sozialismus eine von Widersprüchen geprägte Gesellschaft ist, so liegt in diesem Krisenpotential nichts Unnatürliches. Die Dramatik von Krisen in einem gesellschaftlichen System ergibt sich nicht primär aus ihrer Existenz, sondern aus der Art und Weise, wie sie gelöst werden...“ (24) Doch war seit Dezember 1989 klar: „Das Alte bricht zusammen, und das Neue ist noch zu schwach, seine Stelle einzunehmen.“ Die Einheit der Negation im Kampf gegen das Bestehende löste sich auf, „die Keime von Konterrevolution“ begannen kräftig zu sprießen. Im Juni 1991 (vgl. Z 6, S. 142ff.) war die „national-restaurative Wende“ (30) zu konstatieren.

¹ Vgl. Dieter Boris, Besprechung zu: Manfred Kossok, 1492. Die Welt an der Schwelle zur Neuzeit (Leipzig 1992), in: Z 12 (Dezember 1992), S. 167ff.

Schlüsselbeitrag ist der im November 1991 veröffentlichte Artikel „1917 – eine periphere Revolution“ (39ff.), der einen Vergleich von frühbürgerlichem (vor 1789) und bürgerlichem Revolutionszyklus nach 1789 mit der Entwicklung nach 1917 unternimmt. Kossok konstatiert, dass die sozialistische Revolution einen vergleichbaren langen „zyklischen Entwicklungs- und Reifeprozess“ nicht kennt. Mit dem Scheitern der Europäisierung der sozialistischen Revolution 1918 bis 1923 sei die Option für den Sozialismus in die Peripherie „abgedrängt“ (40) und „tendenziell ... auf den Typ der Entwicklungsdiktatur“ reduziert worden, wofür die Oktoberrevolution durchaus Leitcharakter gehabt habe (41).

Der Band enthält auszugsweise auch die Einführung von Kossok und Markov „Zur Methodologie der vergleichenden Revolutionsgeschichte der Neuzeit“ (1974), in der die Grundüberlegungen der Leipziger Gruppe expliziert werden (93-122; seinerzeit komplett auch in IMSF, Bürgerliche Revolutionen, Theorie und Methode II, 1979 erschienen). Die Autoren wenden sich hier gegen jeden Versuch, abstrakt-normativ aus revolutionären Prozessen Kriterien zu verallgemeinern und auf andere historisch-konkrete Situationen zu übertragen. Nach wie vor äußerst anregend für heutige revolutionsgeschichtliche und -theoretische Studien!

Ausgewählte Schriften Kossoks sind in einer dreibändigen Ausgabe (Hrsg. Matthias Middell, Leipzig 2000) verfügbar.

André Leisewitz

Autorinnen und Autoren, Übersetzer

Prof Dr. Elmar Altvater – Berlin, Wirtschaftswissenschaftler

Babak Amini (M.A.) – London, Student der Soziologie, Mitgl. im Hrsg.-Gremium von „Socialism and Democracy“

Dr. Johann-Friedrich Anders – Karlsruhe, Sozialwissenschaftler, Lehrer im Ruhestand

Phillip Becher – Siegen, Doktorand, Redakteur der Marxistischen Blätter

Prof. Dr. Günter Benser – Berlin, Historiker

Prof. Dr. Michael Brie – Berlin, Philosoph

Dr. oec. habil. Ulrich Busch – Berlin, Wirtschaftswissenschaftler, Dozent, Schatzmeister der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin e.V.

Dr. Dennis Egginger-Gonzales – Berlin, Historiker

Janis Ehling – Berlin, Politikwissenschaftler, Bundesgeschäftsführer DIE LINKE.SDS; Mitglied im Parteivorstand DIE LINKE

Dr. Frank Engster – Berlin, Sozialwissenschaftler, wiss. Mitarbeiter der Hellen Panke e.V.

Prof. Roberto Finelli – Rom, Philosoph, Hochschullehrer

Prof. Dr. Georg Fülberth – Marburg/L., Politikwissenschaftler

Dr. Jörg Goldberg – Frankfurt/M. Wirtschaftswissenschaftler, Z-Redakteur

Prof. Harry Harootunian – New York, Hochschullehrer, Weatherhead

East Asian Institute, Columbia Univ., New York; Max Palevsky Prof. of History, Emeritus, Univ. of Chicago

Dr. Michael Heinrich – Berlin, Politikwissenschaftler

Dr. Pertti Honkanen – Helsinki, Sozialwissenschaftler

Horst Kahrs – Berlin, Sozialwissenschaftler, Referent d. Inst. f. Gesellschaftsanalyse d. Rosa-Luxemburg-Stiftung

Alan Ruben van Keeken – Siegen, Student der Musikwissenschaft

Prof. Dr. Michael Klundt – Magdeburg-Stendal, Politikwissenschaftler, Hochschullehrer

Prof. Dr. Eike Kopf – Erfurt/ Peking, Mitarbeiter der MEGA-Edition und der 2. Chines. Ausgabe der Werke von Marx und Engels

Hermann Kopp – Düsseldorf, Historiker, Vors. Marx-Engels-Stiftung

Dr. Jürgen Leibiger – Radebeul, Wirtschaftswissenschaftler

Dr. André Leisewitz – Weilrod, Dipl. Biol., Z-Redakteur

Prof. Lin Fangfang – Peking, Mitarbeiterin der Marx-Engels-Lenin-Abteilung des Zentralen Übersetzungs-Büros beim ZK der KP Chinas

Dr. Konrad Lotter – Kleinberghofen, Philosoph, Lehrbeauftragter LMU München; Mitherausgeber von „widerspruch“ (München)

Prof. Dr. Morus Markard – Berlin, Psychologe

Jakob Migenda – Frankfurt/M., Politikwissenschaftler, Bundessprecher der linksjugend (solid)

Prof. Marcello Musto – Toronto, So-

zialwissenschaftler, Hochschullehrer

Prof. Dr. Manfred Neuhaus – Leipzig, Historiker

Dr. Karl-Heinz Roth – Bremen, Sozialwissenschaftler

Dr. Thomas Sablowski – Berlin, Referent f. politische Ökonomie der Globalisierung im Inst. für Gesellschaftsanalyse d. Rosa-Luxemburg-Stiftung

Prof. Dr. David Salomon – Hildesheim, Sozialwissenschaftler, Z-Redakteur

Dr. Winfried Schwarz – Frankfurt/M., Sozialwissenschaftler, tätig in der Umweltforschung

Eckart Spoo (1936-2016) – Journalist, ehem. Vors. der dju in der IG Druck und Papier, ehem. Mitherausgeber von „ossietzky“

Christian Stache – Hamburg, Sozial- und Wirtschaftshistoriker (M.A.), Doktorand

Dr. Karl Unger – Wien, Sozialwissenschaftler

Dr. sc. Carl-Erich Vollgraf – Berlin, Politökonom, langjähriger MEGA²-Redakteur

Dr. Sahra Wagenknecht – Berlin, Wirtschaftswissenschaftlerin, MdB und Fraktionsvors. Die LINKE

Prof. Xu Yang – Peking, Mitarbeiter der Marx-Engels-Lenin-Abteilung des Zentralen Übersetzungs-Büros beim ZK der KP Chinas

Dr. Michael Zander, Dipl.-Psych. – Berlin, vertritt derzeit eine Professur im Fach Rehabilitationspsychologie an der Hochschule Magdeburg-Stendal, Z-Redakteur